

NationalPartei warnt vor wirtschaftlicher Schiefelage in der Europäischen Union: Wann kippt der Euro?

Der Euro wird bleiben, schon aus logistischen Gründen. Doch die unterschiedlichen Volkswirtschaften in der Europäischen Union beanspruchen den Zusammenhalt der europäischen Währung stärker als von die Initiatoren des Euro zu hoffen wagten. Ihr Hoffen und Bangen erweist sich als vergeblich.

Die Kritiker des Euro haben Recht behalten, weil sie daran glauben, daß weder die Mathematik noch der Markt überlistet werden können – auch die Finanzmärkte nicht. Und Schulden sind das allerletzte und das am wenigsten verantwortungsvolle Mittel, das die Befürworter des Euro eingesetzt haben. Der Systemfehler ist offenbar. Die Steuerzahler zahlen die Zeche. Dabei spielt es keine Rolle, wer wo regiert. Etablierte Parteien in Regierungsverantwortung werden immer eingeordnet – warum und von wem auch immer.

Bill Bonner [1] am 11. Februar 2010 zum Zerfall des europäischen Währungsraumes: Laut Prof. Nouriel Roubini [2] „... drohe eine Spaltung der Euro-Zone in ein starkes Zentrum und schwache Länder an der Peripherie. Fraglich bleibt allerdings, wann einige Länder dazu übergehen, die Währungsunion zu verlassen. Prof. Roubini jedenfalls geht davon aus, dass vor 2012 die Währungsunion wahrscheinlich nicht zerbrechen werde.“

Bill Bonner weiter: „Es ist aber nicht auszuschließen, dass selbst der angesehene Professor die Eigendynamik des scheinbar unaufhaltsamen Zerfallprozesses unterschätzt. Achten Sie daher weiter auf das X (für Deutschland) vor der Serien-Nummer ihrer Euro-Banknoten und meiden Sie - soweit möglich - die Buchstaben S (Italien), T (Irland), Y (Griechenland), V (Spanien) und M (Portugal) vor der jeweiligen Seriennummer.“ Hans Kolpak, Initiator von www.NationalPartei.eu : „Untersuchen Sie sorgfältig, was Sie unter Ihrer Matratze oder in Ihrem Tresor lagern! Ein Wertverlust droht!“

Die Nachteile der Einheitswährung haben sich nicht in Luft aufgelöst: „Ein wesentliches volkswirtschaftliches Problem stellt die Festlegung der Wechselkurse der an der Einheitswährung beteiligten Währungen dar. Eine Volkswirtschaft, die mit überbewerteter Währung der Einheitswährung beitrifft, wird im Vergleich ein höheres Vermögen, jedoch auch höhere Kosten und Preise aufweisen als Staaten, die unterbewertet oder reell bewertet der Einheitswährung beitreten. Ein volkswirtschaftlicher Ausgleich der Überbewertung ist in der Folge nur schwer erreichbar.“ [3]

Was die Probleme noch verschärft, ist der bürokratische Aufwand der Umverteilung von Steuereinnahmen und Subventionen für die krass unterschiedlich starken Wirtschaftsräume innerhalb der Europäischen Union. Die Beherrschbarkeit wird vollends aus dem Ruder laufen, wenn ein osteuropäisches Land nach dem anderen ebenfalls den Euro einführt. Es ist bereits schwierig, die föderalistisch miteinander verbundenen Bundesländer und Freistaaten der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Finanzausgleichs zu managen. Europa ist eine Dimension, die unüberschaubar ist.

Wer ungebremst seinen Schuldenberg erhöhen muß, denkt nicht mehr über kosmetische Maßnahmen nach, sondern darüber, wie die Neuverschuldung zu stoppen, die Zinseszinsen zu zahlen und die Altschulden zu tilgen sind. Das ist genau die Situation in Deutschland und die größte Sorge der Deutschen laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Magazins Stern. „Die drastisch zunehmende Staatsverschuldung ist die größte Sorge der Deutschen. Für fast zwei Drittel der Bürger steht fest, dass der gigantische Schuldenberg eines Tages nicht mehr bezahlbar sein werde.“ [1]

Quellen:

[1] http://enl.fid-newsletter.de/public/read_message.jsp?tsp=1265880229446&custid=6083&uid=2071098369&sig=JNNEKMFCDAAJDPDK&mid=200175079

[2] http://de.wikipedia.org/wiki/Nouriel_Roubini

[3] <http://de.wikipedia.org/wiki/Euro#Nachteile>

Pressekontakt

Hans Kolpak
Zur Tanne 12
26349 Jade
Deutschland
Telefon: 04454 979720
Hans.Kolpak at NationalPartei.eu
www.NationalPartei.eu

Portrait der zukünftigen Partei

Wer sich mit nationalen Ideen identifiziert und die Gesetzmäßigkeiten von Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft anerkennt, wird in der NationalPartei eine politische Heimat finden. Strategische Ziele sind eine Verfassung und eine geringe Staatsquote für einen Staat, der sich seinen hoheitlichen Aufgaben widmet. Durch die wirtschaftliche Ausrichtung auf die Einwohner mit durchschnittlichem und unterdurchschnittlichem Einkommen und Vermögen werden die wirtschaftlichen Interessen von mehr als 50 Prozent vertreten. Dies begründet eine absolute Mehrheit bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen, der Bundestagswahl und der Europawahl, die von keiner etablierten Partei erreicht werden kann, weil nur Sonderinteressen von kleinen Bevölkerungsgruppen vertreten werden. Es ist nutzlos, Symptome zu reformieren und Ursachen unangetastet zu lassen. Das wirtschaftliche Wohl des deutschen Volkes vermehrt auch den Reichtum derer, die zur Zeit durch Subventionen und Steuervorteile finanziell profitieren. Das meiste Geld verschwindet gegenwärtig in staatlichen Umverteilungsbürokratien.

